

Bürger ante portas

Die Wissenschaft soll ihren Elfenbeinturm verlassen und mehr für die Gesellschaft tun. Doch wie sieht es umgekehrt aus: Wo findet die Gesellschaft Einlass in die Wissenschaft? Während es für Politik und Wirtschaft viele Möglichkeiten der Einflussnahme gibt, befindet sich die Mitsprache der Bürger noch im Experimentierstadium.

von Gudrun Sonnenberg

Welche Antibabypille macht nicht dick und lustlos? Wieso kommt und geht mancher Heuschnupfen von einem Jahr zum anderen? Wie können wir die Luft in unseren Städten wirklich verbessern? Vom individuellen Wohlbefinden bis zur großen gesellschaftlichen Herausforderung reicht die Palette dessen, wo sich so mancher Bürger mehr Forschung und gesicherte Erkenntnis wünschen würde. Und tatsächlich scheint der Zeitpunkt günstig, dass die Anliegen von Bürgern größeren Einfluss auf die Agenda der Wissenschaft finden; selten war mehr Rede von Dialog und Mitsprache als heute.

So will die Bundesregierung die Bürger frühzeitig in die „Ausgestaltung von Forschungsagenden“ einbinden, wie es im Koalitionsvertrag 2013 heißt. Schließlich spielt die Wissenschaft eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Klima, Energie, Gesundheit: Keines dieser Themen lässt sich ohne ihre Expertise lösen. Wenn aber die Wissenschaft wirklich nützlichen Rat geben soll für Politik und Gesellschaft, muss sie sich dann im Umkehrschluss nicht auch für deren Fragen öffnen? Das würde bedeuten, nicht nur aus Forschungsinstituten und Hochschulen heraus in die Gesellschaft zu kommunizieren, sondern die Zivilgesellschaft in den Elfenbeinturm hereinzulassen und ihre Anliegen aufzunehmen. Die Frage lautet: Wie soll das gehen und wo gibt es offene Türen?

Wissenschaftler begeistert

„Hier!“, rufen die großen Wissenschaftsorganisationen und deuten auf die Plattform „Wissenschaft im Dialog“ (WID), die sie schon 1999 extra für die Bürger eingerichtet haben. Ging es anfangs vor allem darum, Begeisterung für Forschung zu erzeugen, sucht man jetzt mehr Diskussion. Zuständig ist Geschäftsführer Markus Weißkopf, seit 2012 im Amt, und „auf der Suche nach partizipativen Formaten“. In der Veranstaltungsreihe „Wissenschaft kontrovers“ experimentiert er mit Barcamps, World Cafés oder Fishbowls, bei denen sich die Diskutanten Auge in Auge gegenüber sitzen. „Mit

diesen Formaten versuchen wir, die noch immer vorherrschende One-Way-Kommunikation aufzubrechen“, sagt Weißkopf, „das ist ein Schritt hin zum Dialog auf Augenhöhe.“ Voller Skepsis hätten sich anfangs etwa Präsidiumsmitglieder der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina in Veranstaltungen über nachhaltige Entwicklung begeben. Herausgekommen seien sie voller Begeisterung: „Die Wissenschaftler nehmen viel mit aus der Diskussion und denken über manches nach, was die Leute sagen“, so Weißkopf. Die Diskussionsergebnisse würden aufgeschrieben und an die WID-Gesellschafter weitergegeben.

Und dann? Weißkopf tritt auf die Bremse. „Ich kann nicht einfach Beteiligungsprozesse aufsetzen, wenn dafür gar keine Entscheidungsstruktur existiert und unklar ist, wer die Ergebnisse eines solchen Prozesses entgegennimmt“, sagt er, „Wissenschaft im Dialog hat dafür derzeit noch kein Mandat.“ Schließlich gebe es ja auch noch die Institutionen der repräsentativen Demokratie, durch deren Forschungsförderung die Interessen der Gesellschaft in die Wissenschaft einfließen sollten.

Einseitig besetzte Gremien

Diese allerdings müssen sich mit dem Vorwurf der Einseitigkeit auseinandersetzen. Zu stark sei der Einfluss von Unternehmen, kritisieren vor allem Vertreter von Naturschutzorganisationen. In den Gremien säßen hauptsächlich Wirtschaftsvertreter. Das Bundesforschungsministerium und das Umweltbundesamt haben Gutachten in Auftrag gegeben, wie die Interessen der Zivilgesellschaft im Prozess des Agendasettings für die Forschung besser berücksichtigt werden können. Dazu gehört freilich auch Know-how: Wer mitbestimmen will, muss das entsprechende Wissen mitbringen. Für die in der Regel gemeinnützigen Organisationen der Zivilgesellschaft ist das eine finanzielle und personelle Herausforderung, und prompt steht schon die Idee im Raum, dass der Staat ihnen Geld dafür gibt.

Tatsächlich stellt sich die Frage: Haben Bürger und zivilgesellschaftliche Or-

Hehre Absichten

■ **Koalitionsvertrag 2013:** „Wir wollen Bürgerinnen und Bürger und die Akteure der Zivilgesellschaft konsequent in die Diskussion um Zukunftsprojekte und die Ausgestaltung von Forschungsagenden einbinden. Wir wollen neue Formen der Bürgerbeteiligung und der Wissenschaftskommunikation entwickeln und in einem Gesamtkonzept zusammenführen“, schreiben die Regierungsparteien auf Seite 151.

■ **Hightech-Strategie:** Seit 2010 soll sich die Innovationspolitik der Bundesregierung nicht nur am Markt, sondern am gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Dazu soll Forschungsförderung transparenter vonstatten gehen und die Gesellschaft stärker eingebunden werden. Unter anderem führte die Bundesregierung dazu Bürgerdialoge über technologische Herausforderungen und Erwartungen. Beraten lässt sie sich jetzt im Hightech-Forum von Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen.

■ **Wissenschaftsrat:** Das wichtigste wissenschaftliche Beratungsgremium der Bundesregierung mit Vertretern aus Wissenschaft und Repräsentanten des öffentlichen Lebens arbeitet seit drei Jahren an einer Stellungnahme zur „Bedeutung großer gesellschaftlicher Herausforderungen für das Wissenschaftssystem“.

ganisationen genug Kenntnisse, um bei der Forschung mitzureden? Besteht nicht die Gefahr, dass sie populistisch beeinflusste Fehlentscheidungen treffen?

„Nein, das kann ich nicht bestätigen“, sagt Professor Dr. Ortwin Renn, Professor für Technik- und Umweltsoziologie an der Universität Stuttgart und unter anderem Präsidiumsmitglied bei acatech, der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften. Als

sen sich demnach Experten mit der technischen Machbarkeit eines Vorhabens. Die Bürger und gegebenenfalls ihre Organisationen kommen als Wertgutachter ins Spiel, wenn es darum geht, Alternativen zu bewerten. Das biete sich vor allem dort an, wo die Menschen selbst betroffen sind, also bei anwendungsorientierten Projekten. „In Grundlagenforschung zu Quantenoptik hat es wenig Sinn, wenn Laien mitentscheiden, da wissen die wenigsten Menschen Bescheid“, meint Renn.

Diese Einschätzung korreliert mit dem Ärger, den Wissenschaft verursachen kann: Der entsteht vor allem dann, wenn es um die Anwendung geht. Nicht die Windenergie als Technologie an sich stört die Leute, sondern die großen Windräder und die Stromtrassen, und die Bürger ärgern in solchen Fällen auf unangenehmste Weise zurück; sie demonstrieren, boykottieren oder reichen Klagen ein. So gesehen kann man gar nicht früh genug mit der Beteiligung beginnen.

Bewegung im Stadtteil

Ein Anlaufpunkt könnten die Hochschulen sein, schreiben doch viele von ihnen regionale Verankerung groß. In ihren externen Beiräten, sofern vorhanden, sitzen allerdings entweder andere Wissenschaftler oder Wirtschaftsvertreter, deren Rat bei der arbeitsmarktorientierten Optimierung der Curricula gefragt ist. Für die Zivilgesellschaft gibt es lange Wissenschaftsnächte oder Vorträge. „An den Hochschulen herrscht Einweg-Kommunikation vor, die auf Akzeptanz bei den Bürgern abzielt“, sagt Professor Dr. Uwe Schneidewind vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie, der vor zwei Jahren in der duz das Modell einer Bürgeruniversität propagierte.

Bewegung sieht er auf kommunaler Ebene, etwa in Stadtteilprojekten, in denen Wissenschaftler die Bewohner darin

Die größten Chancen zur Mitbestimmung gibt es in anwendungsbezogenen Forschungsprojekten.

Foto: Moodboard/123rf.com



Direktor des gemeinnützigen Forschungsinstituts Dialog begleitet und untersucht Renn seit Jahren Beteiligungsverfahren und hat festgestellt: Die Bürger sind schlauer und denken differenzierter, als der Ruf es sagt, der ihnen bei besorgten Experten vorausseilt – vorausgesetzt, sie werden gründlich genug informiert. Renn verweist auf eine Erfahrung beim Schweizer Wasserforschungsinstitut Eawag, wo zwei Tage lang zufällig ausgewählte Bürger in Workshops informiert und dann befragt wurden, welche Forschungsinhalte sie sich wünschten. „Die Bürger haben der Eawag geraten, mehr Forschungsarbeit in bezahlbare Verfahren zur Verbesserung der Wasserqualität für Entwicklungsländer zu investieren, selbst wenn dies dann weniger Engagement für die Erforschung der Schweizer Wasserqualität bedeuten würde“, berichtet Renn. Die beteiligten Wissenschaftler seien positiv überrascht über die Differenzierungsfähigkeiten der Leute gewesen.

Für die Suche nach geeigneten Beteiligungsmodellen schlägt Renn vor, zwischen Sachgutachten und Wertgutachten zu unterscheiden. In Sachgutachten befas-

unterstützen, ihre Lebensqualität zu verbessern. Solche Modelle fördert der Bund unter dem Label „Zukunftsstadt“, das Land Baden-Württemberg unterstützt sieben „Reallabore“ (siehe Seite 28). Anwendungsbezogen kann es hier kleine gemeinsame Forschungsprojekte geben: eine App für Senioren oder umweltschonende Mobilitätskonzepte entwickeln. So dient die Wissenschaft durchaus der Gesellschaft, aber was aus der Gesellschaft in die Agenda der Wissenschaft zurückfließen wird, bleibt abzuwarten.

Und wenn sich die Bürger einfach selbst versuchen? Citizen Science – Bürgerwissen-

Ernüchternde Realität

- „Wissenschaft im Dialog“ bieten die großen deutschen Wissenschaftsorganisationen den Bürgern an. Es gibt Mitmachprojekte und Dialog – aber wenig zu bestimmen.

Internet

www.wissenschaft-im-dialog.de

- Rund 1,3 Milliarden Euro fließen laut Hochschulwatch jedes Jahr aus der gewerblichen Wirtschaft an die Hochschulen.

Internet

www.hochschulwatch.de

- Deutliche Worte zur Demokratisierung der Wissenschaft fand 2014 Prof. Dr. Günter Stock, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften: „Im 20. Jahrhundert haben wir in Deutschland zweimal auf bittere Weise erfahren, was es bedeutet, wenn Forschung und Wissenschaft ausschließlich in den Dienst sogenannter gesellschaftlicher Interessen gestellt werden.“

Internet

www.bbaw.de/veranstaltungen/2014/juni/bericht-praesident-2014



schaft – heißt das Zauberwort, das schnell fällt, wenn man nach Partizipation fragt. Das vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung und dem Museum für Naturkunde Berlin geleitete Konsortium „Gewiss“ soll diese Art von Bürgerbeteiligung erkunden und fördern. Bislang beschränkt sich die Rolle der Bürger vor allem darauf, Daten zu liefern. Mal sammeln sie Mücken, mal Schmetterlinge, mal verschlagworten sie Kunstwerke. Die Agenda ist dabei in aller Regel gesetzt.

Offensiver treten die sogenannten Biohacker auf: Biologen, die außerhalb der Forschungsinstitutionen in eigenen Laboren unterm Dach oder in der Garage Genanalysen vornehmen und die ihre Labore auch interessierten Amateuren zugänglich machen oder die Öffentlichkeit damit erschrecken, dass sie sich selbst Computerchips unter die Haut implantieren. Zu ihren Protagonisten in Deutschland gehört Rüdiger Trojok. Ihn treibt der Frust über die Universitäten, an denen es zu wenig Stellen für junge Leute wie ihn gebe und wo viele Forschungsergebnisse im Labor verschwinden. Allerdings: Wenn sich die Biohacker eigene Kapazitäten aufbauen, notfalls auch mal mit Crowdfunding, dann sind sie doch jenseits der Uni selbst am Zug? Weit gefehlt, winkt Trojok ab: „Wir dürfen in den Laboren nur Gen-Analysen machen. Die Gesetze

sind sehr streng.“ Ausgerechnet hier, wo es so aussieht, als ob sich Bürgerwissenschaftler emanzipieren, schlägt der Volkswille in Form von Verboten und Sicherheitsauflagen noch konsequenter zu als in den Institutionen, und so frustrierend die Situation für die Biologen auch sein mag – besonders laut sind die Forderungen in der Bevölke-

Begeisterung erzeugen, Akzeptanz schaffen

rung nach einer Lockerung der deutschen Gesetze bislang nicht gerade.

Und so tut Trojok draußen vor der Tür das, was drinnen im Elfenbeinturm, aber vor allem in der interessierten Industrie auch getan wird: Akzeptanz suchen. Workshops und Infoveranstaltungen für die Bevölkerung machen, informieren über die Segnungen der neuen Technologien, Begeisterung und Faszination erzeugen. Mitsprache hin, Dialog her – erstmal, so scheint's, schlägt die Stunde der Kommunikation. ■

Gudrun Sonnenberg
ist Redakteurin der duz.